Vorreiterrolle in der Region

Umweltministerium bei der Klausurtagung zum Thema Windenergie

■ Von Christiane Heiligers und Kristin Sens
marsberg@sauerlandkurier.de

Bredelar.
Weil sich Bürger bei abgeschlossenen Planungen im Bereich der Windkraft übergangen fühlten, gab es jetzt ein Forum, bei dem viele offene Fragen beantwortet, auf Ängste eingegangen und die Form der Bürgerbeteiligung sachlich überprüft werden sollte. Dazu veranstaltete das Umweltministerium NRW vergangenen Freitag im Kloster Bredelar eine erstmalige und richtungsweisende Klausurtagung, zu der es auf Initiative des Regionalbündnisses Windvernunft kam.

Experten, Redner und Vertreter der Bürgerbeteiligungen führten bei der Klausurtagung anregende Diskussionen. Foto: Christiane Heiligers

Eingeladen waren die zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen der Kreise Lippe, Paderborn, Soest und dem Hochsauerlandkreis. Fachleute beantworteten Fragen zur Beteiligung und Genehmigung und standen aufgeteilt in drei Fachgruppen zu den Themen Schallemissionen, Artenschutz und Ausweisungssystematik von Konzentrationszonen zur Verfügung.

Stefan Leuchten von der EnergieAgentur.NRW sah eine wichtige Voraussetzung in einem gemeinschaftlichen Dialog und der Zusammenarbeit aller Beteiligten. Er wies darauf hin, dass es bei der Tagung darum gehe, Fachthemen unabhängig von einem bestimmten Projekt zu diskutieren. Dass sich nun das Land mit den Bürgern an einen Tisch setzt, während die mittleren Verwaltungsebenen (im Kreis und den Kommunen) außen vor sind, hat seinen Grund. Während vor Ort die Fronten oft verhärtet und emotionsgeladen sind, sollte hier der sachliche Austausch im Vordergrund stehen. „Der Regionalplan Energie der Bezirksregierung Arnsberg hat massiven Schaden angerichtet und zu einem Vertrauensverlust geführt", erläuterte Hubertus Nolte vom Regionalbündnis Windvernunft.

Auch Monika Agatz vom Ministerium für Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz hielt den Austausch der Beteiligten für sehr wichtig, aber auch das Sammeln vieler Ideen und Anregungen.

Neben den Experten stand mit Dr. Andre Unland ein Rechtsexperte zur Verfügung, der sich bereits mit zahlreichen Planungsverfahren in der Region auseinandersetzte und sowohl Kommunen als auch Bürgerinitiativen berät. Er hielt einen strukturierten Vortrag über Planungs-, Genehmigungs- und Überwachungsverfahren. Unter anderem informierte er die Teilnehmer über frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, Fristen bei Bürgerbegehren, Normenkontrolle, immissionsschutzrechtliche Genehmigungen und weitere Überwachungen solcher Anlagen.

Danach hielt Prof. Dr. Hans J. Lietzmann von der „Bergischen Universität Wuppertal" eine Ansprache zur Mitbestimmung von Bürgern und zeigte ihnen Möglichkeiten und Risiken auf. Er stellte heraus, dass nur Rechte von Eigentümern und Immissionsbetroffenen geschützt werden, dass es sich dabei aber nicht um Gestaltungsrechte, sondern lediglich um Verhinderungsrechte handele. Weiterhin sprach er die Verfahren an, wie sich Bürger an Windkraftanlagen beteiligen können.

In der Diskussion der 40 Teilnehmer war der Unmut deutlich zu spüren. Einige waren der Meinung, dass Bürgerversammlungen als lächerlich abgetan und alle Begehren abgeschmettert würden. Weiterhin wurde die kommunale Beteiligung bemängelt und dass vor einer Information der Bevölkerung bereits an die 80 Prozent der Planungen abgeschlossen seien. Weitere Vorwürfe lauteten, die Standortsuche gehe nach freiem Platz, nicht nach dem Landschaftsschutz und dass die Gemeinden unterschiedlich behandelt würden, was den Abstand zu solchen Anlagen angeht.

Zusammenfassend erklärte Unland, man müsse den Leuten klarmachen, wo Ablehnungsspielräume seien und gab den Tipp: „Schärfen Sie Ihre Argumente. Lieber ein paar weniger und dafür auf den Punkt."

Die Klausurtagung bezeichneten die meisten Teilnehmer als fruchtbar und erkenntnisreich. Viele Fragen seien jedoch noch offen geblieben, so das Fazit. Es wurde der Wunsch geäußert, weitere Tagungen dieser Art zu veranstalten, dann eventuell zu einzelnen Sachthemen. Die Ergebnisse dieser Klausurtagung sollen als Dokumentation den Teilnehmern zur Verfügung gestellt werden. Gewünscht wurde außerdem, ein Feedback zu erhalten, welche konkreten Ergebnisse dieser Dialog auf Landesebene erzielen werde. „Den Genehmigungsbehörden und Bürgermeistern in der Region müssen heute eigentlich die Ohren geklingelt haben", erklärte Heinz-Jürgen Schütz von der EnergieAgentur.NRW.

Oliver Bunk von der Consulting Firma Schalltechnik Messungen sprach von einem „sehr guten Weg", der auch ihm einen Blick „auf die andere Seite" geöffnet habe. In der Regel arbeiten Emissionstechnik-Firmen im Auftrag der Investoren. Reinhard Schandelle lobte die kooperative Atmosphäre und dass alle Beteiligten ein offenes Ohr füreinander hatten: „Es ist ein erster Schritt, das Ministerium für die Vorbehalte der Bürger zu sensibilisieren."

Marsberg soll eine Art Vorreiterrolle bei der neuen Form der Kommunikation zwischen Bürgern und Behörden spielen, bei der das Ministerium die Moderation übernehmen könne. Die hier gemachten Erfahrungen ließen sich auch in anderen Regionen nutzen.